

Solidarität ist die Grundlage unseres Plans für den Wiederaufschwung!

von

Ismail Ertug, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

Frank Moreels, Präsident von Europäische Transportarbeiter-Föderation (ETF)

Als die Anzeichen, dass COVID-19 sich in Europa mehr und mehr ausbreitete, sich mehrten, waren die Reaktionen der Europäischen Union, und die der nationalen Regierungen und der Bürger, zunächst etwas zaghaft. Nur wenige rechneten mit einem derartigen Ausmaß der Notlage, welches eine sichere Planung kaum möglich machte. Einen Monat später hat sich diese neue Realität etabliert, und wir müssen mit unserer Planung des Wiederaufschwungs beginnen. Ein Wiederaufschwung, der auf der Grundlage von Solidarität geplant werden muss. Wenn wir das nicht tun, verspielt die EU ihre letzte Chance, den Bürgern/innen den Mehrwert des europäischen Projekts zu verdeutlichen.

Transportarbeiter/innen sind unerlässlich, um Lieferketten am Laufen zu halten

Der COVID-19-Ausnahmestand hat Europa gezeigt, wie wichtig die Arbeitnehmer/innen sind, die oft in Vergessenheit geraten. Zusammen mit dem Gesundheitspersonal, den Beschäftigten im Einzelhandel und den Reinigungskräften sind es die Transport- und Logistiker/innen, die unsere Wirtschaft am Laufen halten. Millionen von Beschäftigten, die dafür sorgen, dass die Supermärkte gut gefüllt sind, dass Krankenhäuser über Medikamente und Verbrauchsmaterialien verfügen und dass die Bürger/innen Waren direkt an ihre Tür geliefert bekommen. Diese Arbeitnehmer/innen erwarten, dass sie gerecht behandelt werden.

Europa muss Arbeitnehmer/innen gerecht entlohnen

Diese Krise könnte die letzte Chance für die EU sein, unter Beweis zu stellen, dass sie kein reines Wirtschaftsprojekt ist. Beschäftigte im Verkehrssektor haben bisher vor allem die negativen Aspekte des europäischen Binnenmarktes kennengelernt. Briefkastenfirmen, prekäre Verträge, sich verschlechternde Arbeitsbedingungen und Löhne – das ist seit Jahren Realität. Verbraucher/innen haben davon profitiert, während die Beschäftigten darunter litten. COVID-19 hat diese fragwürdigen Praktiken noch verschärft und die ohnehin schon prekäre Lage der Arbeitnehmer/innen weiter verschlechtert: Gesundheitsrisiken, Unsicherheit über den Erhalt des Arbeitsplatzes sowie die Verwirrung tausender entsandter oder hochmobiler Transportarbeiter/innen, die nicht wissen, ob sie Anspruch auf soziale Sicherheit haben und ggf. aus welchem Land diese Leistungen bezogen werden.

Fairer Transport für Europa

Wir sollten diesen Augenblick zum Anlass nehmen, die Zukunft der Transportbranche zu überdenken, indem wir sie gerechter gestalten.

Zunächst einmal, wenn wir Transportunternehmen unterstützen, um die Schwierigkeiten der Krise zu bewältigen – und das sollten wir – muss diese Unterstützung von der abhängig gemacht werden, die diese Arbeitgeber ihren Beschäftigten gewährt. Wir können nicht zulassen, dass eine Perversion entsteht, bei der Steuergelder zur Wertsteigerung der Unternehmen, aber nicht zur Rettung von Arbeitsplätzen verwendet werden. Jede finanzielle Hilfe, bei der die soziale Dimension nicht berücksichtigt wird, leistet dem wachsenden Gefühl Vorschub, dass dies das Europa der Banken und Aktionäre und nicht das Europa der Bürger/innen ist. In anderen Ländern der Welt, z.B. in den USA, wurden solche Maßnahmen bereits vorgeschlagen – die EU sollte da nicht zurückbleiben. Zu den Maßnahmen gehören: Das Verbot von Entlassungen aufgrund der COVID-19-Krise, Verlängerung von Zeitarbeitsverträgen bis zum Ende der Krise. Außerdem sollten Beschäftigte mit Null-Stunden-Verträgen von allen Maßnahmen miteingeschlossen werden, um während dieser Krise ein angemessenes Lebensniveau zu gewährleisten. Gleichzeitig sollte für Unternehmen, die von öffentlicher Unterstützung profitieren, ein Verbot der Auszahlung von Dividenden an Aktionäre und ein Verbot des Aktienrückkaufs durch Unternehmen eingeführt werden.

Wir lassen niemanden im Stich!

Die EU sollte auch positiv auf die Forderungen nach starken, auf Solidarität beruhenden Maßnahmen wie „Coronabonds“ reagieren: Es wäre ein großer Fehler, Millionen von Europäern/innen im Stich zu lassen. Schauen wir uns nicht nur an, was es die EU kosten würde, sondern vielmehr, was es kosten würde, es nicht zu tun! Wenn die EU ihre „Wirtschaft im Dienste der Menschen“, eine der derzeitigen Prioritäten der Kommission, umsetzen will, muss dies in ihrer Antwort auf COVID-19 eine zentrale Rolle einnehmen. Wir möchten uns den politischen Entscheidungsträgern aus vielen politischen Familien, Wirtschaftswissenschaftlern, Akademikern und Institutionen anschließen, die sich alle darin einig sind, dass dies die einzige Möglichkeit ist, mit der wir es schaffen uns nachhaltig von dieser Krise zu erholen.

Die gegenwärtige Notlage sollte kein Vorwand sein, um Gesetze zu blockieren, die darauf abzielen, das Leben von Verkehrsbeschäftigten zu verbessern: Zum Beispiel das Mobilitätspaket. Der hart errungene Kompromiss wird es Tausenden von LKW-Fahrer/innen ermöglichen, ihre Familien öfter zu sehen, und er wird dazu beitragen, den unlauteren Wettbewerb und Sozialdumping einzudämmen.

„Sozial“ und „nachhaltig“ gehen Hand in Hand

Wir brauchen auch in anderen Verkehrssektoren bessere Vorschriften. Fragwürdige Geschäftsmodelle und prekäre Verträge, die darauf abzielen, das Arbeitsrecht zu umgehen, müssen unterbunden werden. Faire Preisgestaltung muss in der gesamten Transport- und Versorgungskette Selbstverständlichkeit werden – die gegenwärtige Situation hat die nachteiligen Auswirkungen der Liberalisierung und Kostensenkung in diesem Sektor auf dessen Stabilität offenbart. Daher sollte eine faire Preisgestaltung als Garant für die soziale, wirtschaftliche und ökologische Nachhaltigkeit der Branche die Grundlage der „Strategie für intelligente und nachhaltige Mobilität“ bilden, die die Europäische Kommission in Kürze auf den Weg bringen will. Und was riskiert die EU, wenn sie diese Erwartungen an einen arbeitnehmerorientierten Aufschwung nicht erfüllt? Wir haben gesehen, dass die Finanzkrise von 2008 und die darauf folgenden Sparmaßnahmen zu einem Anstieg der Ungleichheiten und folglich zu einem Erstarken des Rechtspopulismus geführt haben. Wir erleben bereits Versuche von Regierungen in Europa, diese Krisenzeiten zu nutzen, um die Demokratie auf Eis zu legen. Wir können diesen Trend noch umkehren, aber wir müssen schnell handeln, und dafür brauchen wir einen Plan. Denn wir brauchen die EU nach wie vor - eine EU, die auf Solidarität und Respekt für ihre Bürger/innen und ihre Verkehrsbeschäftigten für die, die Europa auch in Krisenzeiten am Laufen halten.

Ismail ERTUG

stellvertretender Vorsitzender der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament



Fraktion der Progressiven Allianz der
Sozialdemokraten
im Europäischen Parlament

Frank MOREELS

Präsident

Europäische Transportarbeiter-Föderation (ETF)



**EUROPEAN TRANSPORT
WORKERS' FEDERATION**